

Außenpolitische Verantwortung muss eine friedenspolitische sein

Es gibt nur ein Wesensmerkmal, durch welches linke Außenpolitik sich von der aller anderen Parteien unterscheidbar machen kann – das ist ihre friedenspolitische Substanz. Das gilt sowohl für die Einschätzung von Rahmenbedingungen europäischer/deutscher Außenpolitik, als auch für Handlungsstrategien. Alle anderen Ansätze, so wichtig sie auch sein mögen, wie etwa Koalitionsfähigkeit, NATO ja oder nein, Verhältnis zu den Vereinten Nationen und deren Charta, ja sogar zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr sind dem friedenspolitischen *Gesamtvermögen* einer linken Partei nachgeordnet. Wo liegen Prioritäten?

Erstens. Ein solches Vermögen bezieht seine Energie vor allem aus einem klugen, dialektischen Zusammenbinden von Antikriegs und Pro-Friedenstrategien, parlamentarischer und außerparlamentarischer Initiativen. Erst dann wird die Linke für sich und den Frieden den hohen gesellschaftlichen Wert erschließen können, welchen die unter den Deutschen noch tief verankerte Aversion gegen Krieg in sich birgt. Sie sollte für die Antikriegsposition der Linken von höchstem Rang sein. Zuvörderst weniger aus taktischen Erwägungen, so, um sich von einem deutschen Außenminister abzugrenzen, der diese Antikriegsstimmung instinktos abqualifiziert wenn er feststellt, militärische Zurückhaltung sei nur dann richtig, wenn sie „nicht eine Ausrede für eine Philosophie des Heraushaltens aus Bequemlichkeit und mangelndem Mut ist“ (Steinmeyer in „El País“).

Nicht weniger wesentlich ist zu erkennen, dass Anti-Krieg und Pro-Frieden nicht unbedingt identisch zu sein brauchen. Selbst dann nicht, wenn jemand ehrlich meint, das sei so. Zwar kann eine Anti-Kriegspositionierung bei bestimmten politischen Intentionen und Konstellationen Frieden meinen und wollen, braucht aber nicht gleichwertig zu sein mit dem allgemeinen Frieden der und für die Völker. Frieden ist mehr als „kein Krieg“. Frieden ist das erste und elementarste Menschenrecht, weil nur er die Verwirklichung allgemeiner Überlebens- und Sicherheitsrechte garantieren kann. Und, was ich für besonders wichtig halte, Frieden erweist sich für die meisten Deutschen als eine dominante politische Zielvorstellung.

Aber die Linke hat es bisher im Großen und Ganzen nicht geschafft, diese Antikriegsemotionen produktiv anzusprechen und zu mobilisieren. Die erste große, gesellschaftlich wirkungsvolle Anti-Positionierung der Linken war die gegen die „Agenda 2010.“ Sie konnte den qualitativen Sprung zur „materiellen Gewalt“ in der Gesellschaft dann schaffen, als sie ihre Anti-2010Agenda-Position durch eine *Pro-Gerechtigkeitsstrategie* veredelte, mit der sie den Massen zu vermitteln vermochte, dass eine sozial gerechtere Politik möglich wäre, wie und mit wem. Aus dieser Erfahrung leitet sich bezogen auf internationale Politik das Erfordernis einer eigenständigen, kohärenten Standortbestimmung der Linken zu und in den zentralen Weltproblemen ab, die durch nationale und internationale Politik friedlich und kooperativ zu regeln und zu lösen sind.

Zweitens. Eine friedenspolitische Diskussion sollte sich intellektuell und politisch auf das „Verarbeiten“ grundlegender globaler Veränderungen einstellen. Sie werden bewirkt durch global rasant voran schreitende ökonomische und politische Differenzierungsprozesse; sich vertiefende soziale und wirtschaftliche Disparitäten; das Aufbrechen tradierter internationaler

Machtverhältnisse durch die politische und militärische Selbstkonstituierung von „Teilwelten“, in denen vier Fünftel der Weltbevölkerung leben; regionale Blockbildungsprozesse als Ausdruck tiefgreifender Interessenkonflikte mit der Tendenz zu neuen internationalen Antagonismen; wachsende globale Problemen (Umwelt, Wasser- und Ressourcen, Welternährung etc.). Das führt schon heute zur Zusammenballung und Gewalteruption innerer, regionaler und internationaler Konfliktstoffe.

Es ist offensichtlich, dass diese globalen Prozesse nicht konjunkturellen Charakters sind. Vielmehr entbindet sich in ihnen und durch sie ein neues Weltgefüge, dessen Geburtsvorgang sich nicht aufhalten lassen wird. Gleichzeitig entzieht dieser Denken und Handeln in Kategorien des Kalten Krieges, von überlieferten Hegemonialambitionen und -mustern der „alten Welt“ den Boden. Obgleich politische und intellektuelle Auslaufmodelle, bedrohen letztere jenen Geburtsvorgang an seiner verletzbarsten Stelle: seinem nicht-kriegerischen Verlauf. Da er für alle Betroffenen langwierig, konfliktreich und schmerzhaft sein wird, bestehen die wichtigsten friedenspolitische Herausforderungen darin, ihn von Kriegen frei zu halten und kräftige, tragbare, durchsetzungsfähige Strukturen friedlicher Koexistenz zu schaffen. Das setzt voraus, dass sich die Staaten zueinander konsequent demokratisch verhalten und, was von brennender Aktualität ist, eine neue politische Kultur für den Umgang mit innerstaatlichen Konflikten zu entwickeln.

Solche Ansätze würden modernen, zukunftsgerichten friedenspolitischen Ansprüchen entsprechen, mit denen in diesem Land keine andere politische Kraft bisher aufzuwarten vermag. Die ihnen inhärente Friedenslogik und -kultur entspräche der Prävention von Kriegen, welche eine Mehrheit der Deutschen von der Politik erwartet.

Dr. Arne C. Seifert
Botschafter a.D.